

Die Beziehungen zwischen der SED und den kommunistischen Parteien in West- und Südeuropa von 1968 bis 1989

Veranstalter: Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

Datum, Ort: 09.04.2010-10.04.2010, Berlin

Bericht von: Andreas Jüngling, Historisches Seminar, Universität Bonn

Die Tagung, die von der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur gefördert wurde, behandelte die Außenbeziehungen der SED zu den sogenannten west- und südeuropäischen „Bruderparteien“ und führte erstmals die dazu forschenden Historiker zusammen. Wenngleich zur Außenpolitik der DDR zahlreiche diplomatiegeschichtliche Darstellungen vorgelegt worden sind, ist die für die Anerkennungspolitik der DDR wichtige „alternative Außenpolitik“, die sie mit Hilfe ihrer Verbindungen zu den kommunistischen Parteien im kapitalistischen Ausland gestaltete, bislang vernachlässigt worden. Exemplarisch wurden in den Sektionen die Beziehungen der SED zur französischen, italienischen, spanischen, britischen und griechischen Kommunistischen Parteien (KPs) vorgestellt, die sowohl die ereignisgeschichtlichen als auch die ideologischen Entwicklungen und Divergenzen abbilden konnte. Dieser repräsentative Überblick erlaubte, die variablen und variierenden Unterschiede zu beleuchten, die zwischen der SED; ihren Partnern im „Ostblock“ wie auch zwischen den kommunistischen Parteien im nichtsozialistischen Ausland bestanden.

Für die SED machte ARND BAUERKÄMPER (Freie Universität Berlin) drei Koordinatenpunkte aus, welche die Beziehungen über die jeweilige historische Phase hinaus bestimmten: Die innenpolitische Lage, in der sich die westlichen KPs bewegen und definieren mussten, die praktischen und ideologischen Bindungen der SED an die Kommunistischen Partei der Sowjetunion (KPdSU) sowie insbesondere das spezielle Verhältnis zur Bundesrepublik Deutschland. Gerade das notwendige Bemühen der DDR, sich vom westdeutschen Staat abzugrenzen, wirkte sich immer auch auf ihre bruderparteiliche Politik aus. Die Niederschlagung des „Prager Früh-

lings“ 1968 und der sogenannte Eurokommunismus, der ein Schisma in der kommunistischen Bewegung provozierte, waren nicht nur die politischen Prüfsteine, an denen der Grad der Verwandtschaft und der Instrumentalisierung gemessen wurde. Bauerkämpfer plädierte für einen breiteren und auch sozial- wie kulturhistorischen Zugriff auf die Beziehungsgeschichte der kommunistischen Gemeinschaft.

Einer vorrangig analytischen Fragestellung ging HERMANN WENTKER (Institut für Zeitgeschichte, Berlin) mit seinem Referat über „Außenpolitik oder transnationale Beziehungen?“ nach. Nachdrücklich bekannte sich Wentker zu der Definition, dass transnationale Beziehungen „Außenbeziehungen und Außenaktivitäten [sind], an denen mindestens ein gesellschaftlicher Akteur beteiligt ist.“ Wie schwierig sich allerdings die Zuschneidung des Begriffs „transnationale Beziehungen“ auf die SED erweise, werde in der strukturellen Grundbedingung des zweiten deutschen Staates sichtbar: Partei, Staat, ihre Apparate und die offiziellen gesellschaftlichen Organisationen, „die auf Kontakte mit dem Ausland aus waren“, waren miteinander personell verwoben und „wurden von der Staatspartei angeleitet und kontrolliert“. Lediglich drei Ausnahmen erkannte Wentker an, die in einem erweiterten Sinne von transnationalen Beziehungen sprechen ließen: Erstens touristische Kontakte zwischen einigen Ostblockstaaten, zweitens Beziehungen, die „in ganz seltenen Fällen auch gegen den Willen der SED“ bestanden, drittens autonome Auslandskontakte im organisatorischen Gehäusen der Kirchen. Die internationalen Verbindungen der SED zu den Bruderparteien bewertete Wentker „nur in einem eingeschränkten Sinne“ als transnationale Beziehungen. Vielmehr sei die SED als Staatspartei immer ein staatlicher Akteur gewesen. Womöglich bewegt das von Wentker zusätzlich eingeführte Kriterium „Eigendynamik“ neue Forschungsfragen, insofern die SED nicht als ein durchgehend petrifizierter Körper wahrgenommen wird, sondern als eine Vereinigung mit vielen hierarchischen Ebenen und vielfältigen inneren Gruppen.

NIKOLAS DÖRR (Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam) machte auf die

wichtige Diskrepanz aufmerksam, dass im internationalen Vergleich die deutsche Forschung sowohl die Westbeziehungen der SED als auch den westeuropäischen Kommunismus insgesamt „in nur geringem Maße“ thematisierte. Die SED war außen- und innenpolitisch gezwungen, sich zu den einzelnen kommunistischen Parteien differenziert und inhaltlich wie politisch flexibel zu verhalten. Er identifizierte dabei vier Gruppen unter den Parteien im kapitalistischen Europa: die „moskautreuen Parteien“ (so der Partido Comunista Português, PCP), „taktische Reformer“ (Parti Communiste Français, PCF), „Reformer“ (so Partito Comunista d'Italia, PCI und Partido Comunista de España, PCE) sowie „Proporzparteien“ (KP Finnlands), in denen die Parteiämter zwischen Orthodoxen und Reformkommunisten aufgeteilt waren. Obschon Dörr den „Eurokommunismus“ als analytischen Begriff problematisierte, sei nicht zu übersehen, welche bedeutende ideologische und mithin politische Herausforderung er für die SED darstellte. Zumeist abgesprochen mit der KPdSU versuchte sich die SED daher als Mittler und Makler zwischen den aufbrechenden Fronten. Gerade der gestiegene regierungspolitische Einfluss des PCI und des PCF sollte bei aller „strikten Sowjetreue der SED“ für die „sicherheitspolitischen und ökonomischen Interessen der DDR“ ausgebeutet werden. In den 1980er-Jahren, insbesondere nach Gorbatschows Machtübernahme, stützte sich die SED wiederum auf die auf dem orthodoxen Kurs gebliebenen KPs.

ULRICH PFEIL (Universität de St. Étienne) decouverte den Mythos vom „proletarischen Internationalismus“ am Beispiel der eurokommunistischen Wende des PCF. Bis zum Linksbündnis der französischen Kommunisten mit den Sozialisten 1972 schien das Verhältnis zur SED grundsätzlich ungetrübt gewesen zu sein. Als das Bündnis mit dem Sozialisten wieder zerfiel, näherte sich der PCF unter Georges Marchais ab Ende der 1970er-Jahre dem SED-Regime an. Dass Nikolas Dörr den PCF zu den „taktischen Reformern“ zählte, die aus innenpolitisch-taktischen Gründen zeitweise programmatische Revisionen zugunsten des Eurokommunismus vornahmen, wurde mit Pfeils Ausführungen grundsätzlich bestätigt. Insofern konnte die SED

die Illusion aufrecht erhalten, dass die Beziehungen zum PCF letztlich weitgehend vom Mythos der Solidarität und von der ‚unverbrüchlichen‘ brüderlichen Einheit beider Parteien geprägt gewesen seien. Der Homogenisierungsdruck, den die SED im Namen des Mythos vom „proletarischen Internationalismus“ beispielsweise auf die KPF ausübte, korrespondierte eben auch mit der notwendigen „Binnenhomogenität“ in der DDR-Gesellschaft. Ohne die Herrschaft über das narrative und interpretative Vokabular des Kommunismus hätte die SED-Führung die innere und äußere Geschlossenheit von Staat und Gesellschaft verloren.

ALEXANDRE BIBERT (Universität de Strasbourg) widmete sich in seinem Referat den Beziehungen, die der Freie Deutsche Gewerkschaftsbund (FDGB) und die französische kommunistische Gewerkschaft Confédération générale du travail (CGT) unterhielten. Für die Zeit zwischen 1950 und 1973 charakterisierte Bibert die Beziehungen als von einer „unübertroffene[n] Intensität“ gezeichnet. Trotz aller Kontrolle und Anleitung durch die SED konnte der FDGB bei diesen Kontakten in Grenzen relativ selbständig agieren. Der von beiden Gewerkschaften bis nach 1968 gepflegte „dogmatische Kommunismus“ und die danach noch guten Verbindungen nutzten dem FDGB, über die Organisation der CGT für die Anerkennung der DDR durch Frankreich und gegen den Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) zu propagieren. Gute Beziehungen zur DDR stärkten zudem die innenpolitische und internationale gewerkschaftliche Position der CGT.

FRANCESCO DI PALMA (Freie Universität Berlin) stellte die Beziehungen zwischen SED und dem italienischen PCI im Spiegel des Eurokommunismus vor. Während Pfeil in der eurokommunistischen Wende der französischen Kommunisten die Ursache für eine abgekühlte, mit Spannung erfüllte Verbindung ausmachte, interpretierte Di Palma genau diese Wende beim PCI als politische Chance für die SED. Das hohe Ansehen des PCI „europaweit“ habe daher „eine viel stärkere Anziehungskraft auf den SED-Vorstand“ ausgeübt. Die Handlungsspielräume der DDR sollten mit Hilfe des unabhängigen PCI gegenüber der Sowjetunion erweitert werden. Be-

sonders verlockend seien zudem die Beziehungen des PCI zur SPD und die politischen nutzbaren Verknüpfungen im Europaparlament gewesen. Weitgehender noch als Pfeil in seinen Überlegungen zur Funktion der ideologischen Narrativität innerhalb der kommunistischen Bewegung verwies Di Palma auf die Oberflächlichkeit der von der SED geäußerten Kritik am PCI. Dabei darf nicht übersehen werden, welch großes Gewicht die SED auf den Zusammenhalt der kommunistischen Bewegung legte. Diese Sorge um ein Schisma, die auch die Genossen in Moskau bewegte, erkläre auch, weshalb die KPdSU die SED aufforderte, trotz aller ideologischer Differenzen den PCI in ihre außenpolitischen Initiativen einzubinden. Neben den unmittelbar parteipolitischen Beziehungen hob Di Palma schließlich die bilateralen Verbindungen hervor, die über die Parteischulen, Kulturaustausch, interparlamentarische Beziehungen, nationale und regionale Freundschaftsgesellschaften sowie Städtepartnerschaften bestanden.

In seinem Abendvortrag erinnerte sich MANFRED STEINKÜHLER (Berlin) an die politische Atmosphäre in Italien, an Gespräche mit führenden Vertretern des PCI über ihre Beziehungen zur SED und die mangelhafte Rezeption des Eurokommunismus im Auswärtigen Amt. In den 1960er-, 1970er- und 1980er-Jahren stand er im diplomatischen Dienst der Bundesrepublik unter anderem in Bukarest, Rom, Paris, Rio de Janeiro und zuletzt als Generalkonsul in Mailand. Steinkühler gab 1977 die erste kommentierte Dokumentation „Eurokommunismus im Widerspruch“ heraus, die als Quellensammlung bis heute für die Forschung von großem Wert ist. Bereits damals zeigte er sich skeptisch, ob die Eurokommunisten sich wahrhaftig zur Demokratie bekennen würden.

KEVIN MORGAN (University of Manchester) zeichnete ein facettenreiches Bild von den Beziehungen zwischen den britischen Kommunisten (CPGB) und der KPD/SED als stalinistischer Partei seit den 1920er-Jahren. Grundsätzlich hegten die Briten in der Zwischenkriegszeit große Sympathien für die deutschen Kommunisten. Die Identifikation beruhte auf einem geteilten strengen „Antifaschismus“, der auch einen engen Aus-

tausch mit den in den 1930er- und 1940er-Jahren nach Großbritannien geflohenen deutschen Kommunisten ermöglichte. Da in Großbritannien nicht so strikt zwischen Kommunisten und Sozialisten getrennt wurde wie in Deutschland, spielte die kommunistische Partei eine unbedeutende Rolle. Zudem beherrschten die Labour Party und die Gewerkschaften das linke Spektrum. Vor diesem Hintergrund begrüßte die CPGB als einzige Partei Großbritanniens 1949 die Gründung der DDR. Hinzu kam, dass eine Reihe deutscher Exilanten aus Großbritannien in Führungspositionen in SED und Staat aufrückten. Auf der Basis der persönlichen Verbindungen idealisierten die britischen Kommunisten die DDR als Hort der Entnazifizierung, des sozialen Ausgleichs und des Fortschritts unter der Führung der Sowjetunion. Auf die zunehmende Kritik der CPGB (Umsturz in der polnischen KP, Aufstandsniederschlagung in Ungarn) reagierte die stalinistische SED erwartungsgemäß abweisend und intransigent.

Hier setzte NORMAN LaPORTE (University of Glamorgan) an, indem er die Beziehungen zwischen der CPGB und der SED nach dem „Prager Frühling“ analysierte. Dabei legte er die Vielfältigkeit dar, mit der die DDR zunächst von britischen Kommunisten rezipiert wurde. Neben die direkte positive Presseberichterstattung traten Lehrerdelegationen, die in die DDR reisten, um den „Aufbau des Sozialismus“ vor Ort schätzen zu lernen. DEFA-Dokumentarfilme, mit Hilfe kommunistischer Verleiher vertrieben, sollten in Großbritannien ein anschauliches Propagandabild von der friedvoll-antifaschistischen DDR und der „faschistischen“ Bundesrepublik konstruieren. Darüber hinaus vermittelte die CPGB auf Wunsch des FDGB Kontakte zu denjenigen Gewerkschaften, die nicht „resolutely anti-communist“ ausgerichtet waren. Deren Delegationsbesuche vermittelten den Teilnehmern erfolgreich einen positiven Eindruck von den sozialen und ökonomischen „Errungenschaften“ der DDR. Wie mühsam die Ablösungsprozesse von den stalinistischen Ostblockparteien waren, zeigen die allmählichen Entwicklungen in der CPGB. So äußerten führende britische Kommunisten lediglich in Privatbriefen Kritik an der SED-Politik. Ein Generationenwechsel von eu-

rokkommunistisch inspirierten Jungkommunisten beschleunigte ab den 1960er-Jahren die Verselbständigung der britischen Partei. Obwohl nun offenbar deutliche Kritik (unter anderem in den Fällen Biermann und Bahro) geübt wurde, blieben die Briten der DDR jedoch in „critical friendship“ verbunden. Infolge dieser Spannungen wichen die DDR-Kommunisten darauf aus, ihre Kontakte über den FDGB zu den linksgerückten Gewerkschaften zu intensivieren. Aus SED-Sicht konnten diese nötigenfalls die eigentlichen ‚brüderlichen‘ Parteibeziehungen ersetzen. Zusätzlich versuchte die DDR die britische Friedensbewegung vor ihren Karren zu spannen, mit allerdings relativ geringem Erfolg. In der Reformära Gorbatschow kämpfte die SED „a war on two fronts“ auch gegen die britischen Kommunisten, ohne zu erkennen „that ‚critical friends‘ were really its best friends.“

JOSÉ M. FARALDO (Universidad Complutense de Madrid) und AURÉLIE DENOYER (Centre Marc Bloch, Berlin) erörterten anschließend die Wahrnehmungen zwischen SED und dem PCE, der bis 1977 in Spanien illegal arbeiten musste. Obgleich noch zu diskutieren sei, ob er damit als „transnationale Partei“ bezeichnet werden könne, war der PCE zweifellos eine „Partei ohne Heimat“. Neben einer zwischen Frankreich, ČSSR, Rumänien und der Sowjetunion verteilten Parteiführung gab es vor allem in der Sowjetunion und in der DDR größere spanische Emigrantengruppen. Diese ostblockkonzentrierte Verteilung erschwerte die illegale Arbeit in Spanien, musste sie dort doch mit dem Vorwurf kämpfen, statt als nationale Partei eher als trojanisches Pferd der Sowjetunion zu agieren. Eine „antisowjetische“ und „nationalistische“ Haltung warf die SED dem PCE vor, nachdem der Parteivorsitzende Santiago Carrillo die Partei eurokommunistisch justiert hatte. Bis zum „Prager Frühling“ hatten SED und PCE besonders gute Kontakte zueinander unterhalten. Einerseits aufgrund der gemeinsamen Erfahrungen im Spanischen Bürgerkrieg; andererseits benötigte der PCE für seinen Kampf materielle, finanzielle, moralische und ideelle Solidarität. In die Spaltung des PCE mischte sich die SED allerdings nicht so offensiv ein wie im Fal-

le der abweichenden Kommunistischen Partei Österreichs (KPÖ). Offizielle Beziehungen pflegte die SED aber bei aller Zustimmung zu den Orthodoxen weiterhin mit dem eurokommunistischen PCE. Obschon die Arbeit und das Leben der Carrillo-Anhänger in der DDR überwacht und erschwert wurde, änderte sich wenig am grundlegend positiven Bild von der DDR. Auch nicht, als die DDR 1973 ohne Rücksprache mit der KP Spaniens den Grundsatz durchbrach, „keinerlei offizielle Beziehungen“ mit dem „faschistischen“ Franco-Regime aufzunehmen. Obgleich sich die SED intransigent zeigte, kam es zu keinem Bruch zwischen beiden Parteien. Tatsächlich begründeten sich die Spannungen mit der „ideologischen Umorientierung der KPS“ und dem „wachsenden Selbstvertrauen der SED“.

ANDREAS BAUMER (Universität Rostock) wechselte zur Innensicht des PCE, um die „Beziehungen zur SED im Kontext der Debatte um das Verhältnis zum Staatssozialismus“ von 1968 bis 1989 vorzustellen. Hierbei betonte er die Entwicklung des PCE von einer orthodoxen zu einer eurokommunistischen Partei. Im Verhältnis zur SED identifizierte Baumer drei unterschiedliche Phasen: Bis 1968 habe eine „weitgehend ungetrübte Harmonie“ bestanden, bis zur Mitte der 1980er-Jahre herrschten die politischen und ideologischen Konflikte vor, und ab 1986 verbesserten sich die Beziehungen erneut. Ebenso wie Faraldo und Denoyer sah Baumer die „besondere Stellung“ Spaniens und des PCE in der Wahrnehmung der SED. Mit Carrillos Aufstieg zum Generalsekretär löste sich der PCE seit seinem Programm der Nationalen Versöhnung 1956 allmählich von der Dominanz der KPdSU. Die Öffnung für die anderen oppositionellen Kräfte in Spanien sollte das „Image der stalinistischen, von Moskau gesteuerten Partei“ beseitigen und die Rolle des PCE auch für die Ära nach Franco stärken. Die Verurteilung des Einmarsches in die CSSR bewertete Baumer gleichsam als „Kündigungsschreiben“ an die moskautreue kommunistische Bewegung. Die „offene Konfrontation mit der Sowjetunion“, die Carrillo mit seinem Buch *Eurokommunismus und Staat* schließlich erreichte, ging jedoch einigen im PCE zu weit. Nach der Streichung des Leninismus aus dem

Parteiprogramm 1978 brachen die Richtungskämpfe im PCE aus, die zu Beginn der 1980er-Jahre das Ende des eurokommunistischen Experiments, die Spaltung und Schwächung des PCE einleiteten.

ANDREAS STERGIU (Universität Kreta) betrachtete im letzten Vortrag der Tagung das „bizarre Verhältnis der SED zur kommunistischen Partei Griechenlands (KKE)“. Da die KKE seit dem griechischen Bürgerkrieg verboten war, erhielt sie eine breite finanzielle, logistische und soziale Unterstützung von der SED. Für die KKE übernahmen im griechischen Parlament von ihr infiltrierte Parteien und andere linke Organisationen die Propagandaarbeit für die DDR. Wie Stergiou darlegte, war Griechenland für die DDR wegen „seiner kulanten Haltung bei der Einreise von Ostdeutschen“ interessant. Auch befand sich Griechenland wegen der Zypernfrage in einer „prekären Situation“ in der NATO. Insgesamt entsprach diese Annäherung an Griechenland der Ostblockstrategie, die Südostflanke der NATO zu destabilisieren. Zudem wies Griechenland eine defizitäre Handelsbilanz mit den westeuropäischen Staaten auf. So konnte die DDR über den Abschluss eines Handelsvertrages 1953 die diplomatische Anerkennung anstreben. Wie sich zeigte, hegten die griechischen Obristen selbst ein Interesse an besseren Beziehungen zur DDR. Der Einrichtung einer Handelsmission in Ost-Berlin folgte 1973 dann die gegenseitige diplomatische Anerkennung. Die KKE-Führung war aber so abhängig von der SED-Hilfe, dass sie diesen eigentlichen Verrat öffentlich begrüßen musste. Ihre ab 1974 legale Parlaments- und Pressepropaganda dankte ihr die SED-Führung mit Provisionen oder mit Direktbeteiligungen an den griechischen Staatsaufträgen. Die DDR gelangte im Gegenzug an dringend benötigte westliche Technologie und Devisen. In den 1980er-Jahren hingegen, als sich die Panellinio Sosialistiko Kinima (PASOK) unter Andreas Papandreu scheinbar einen griechischen Weg zum Sozialismus verschrieben hatte, musste sich die KKE von der SED-Führung zurücksetzen lassen. Erst das Ende der DDR und der Sturz Papandreous 1989 beendeten die Abhängigkeit der KKE von der SED und damit das „bizarre Verhältnis“ zwischen den beiden Parteien.

Insgesamt beeinflussten – so Arnd Bauerkämper in seinem Resümee der Tagung – offenbar die unterschiedlichen persönlichen Erfahrungen ranghoher Mitglieder der SED und anderer westeuropäischer KPs jeweils nachhaltig die Intensität und Formen der Beziehungen zwischen den kommunistischen Parteien auf beiden Seiten des Eisernen Vorhangs. Zudem trafen in der kommunistischen Bewegung neben variierenden ideologischen und theoretischen Deutungen (so die „Antifaschismen“) vor allem unterschiedliche nationale Kulturen, Vorurteile und Stereotype aufeinander. Bauerkämper betonte weiterhin, dass sogar in der DDR gelegentlich Widersprüche und Spannungen zwischen den Interessen von Partei und Staat deutlich wurden. Letztlich zeigte sich über die gesamte Konferenz, wie vielschichtig und uneinheitlich die kommunistischen Parteien in den Beziehungen zueinander, zu den Sozialisten bzw. Sozialdemokraten in ihren jeweiligen Staaten, zur SED und zur KPdSU waren. Diese Tagung kann bei all den noch offenen Fragen und den vielfältigen methodischen Deutungsweisen nur ein Anfang gewesen sein, die Beziehungen der SED zu ihren europäischen „Bruderparteien“ in den breiteren Kontext komplexer innerer wie äußerer Beziehungen der DDR zu stellen.

Konferenzübersicht:

Arnd Bauerkämper / Francesco Di Palma (beide Freie Universität Berlin):
Einführung in die Tagung: Fragestellungen und Konzeption

Hermann Wentker (Institut für Zeitgeschichte, Berlin): Außenpolitik oder transnationale Beziehungen? Funktion und Einordnung der Parteibeziehungen der SED

Nikolas Dörr (Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam):

Die Beziehungen zwischen der SED und den kommunistischen Parteien West- und Südeuropas. Handlungsfelder, Akteure und Probleme

Ulrich Pfeil (Université de St. Étienne):
Die SED und der französische „Eurokommunismus“

Alexandre Bibert (Université de Strasbourg):

Die gewerkschaftlichen Beziehungen zwischen Frankreich und der DDR (1956-1973)

Francesco Di Palma (Freie Universität Berlin)
Eurokommunismus? Zu den Beziehungen zwischen SED und PCI (1968-1989)

Manfred Steinkühler (Berlin):
Die SED und der PCI. Rückblick eines Angehörigen des Auswärtigen Dienstes Moderation: Ulrich Mählert (Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, Berlin)

Kevin Morgan (University of Manchester):
From Thälmann to Ulbricht: British Communists and the KPD/SED as Stalinist Exemplar

Stefan Berger / Norman LaPorte (University of Glamorgan): Between East German Marxism-Leninism and the British Road to Socialism: Relations between the SED and CPGB, 1968-1989

Aurelie Denoyer (Centre Marc Bloch, Berlin) / José M. Faraldo (Universidad Complutense de Madrid): *Partido Comunista de España* und SED. Wechselseitige Wahrnehmungen und Politik

Andreas Baumer (Universität Rostock):
Camaradas? Die Beziehungen zur SED im Kontext der Debatte um das Verhältnis von Staatssozialismus innerhalb der *Partido Comunista de España* (1968-1989)

Andreas Steorgiou (Universität Kreta):
Kommunistische Realpolitik: das bizarre Verhältnis der SED zur kommunistischen Partei Griechenlands

Arnd Bauerkämper / Francesco Di Palma (beide Freie Universität Berlin):
Resümee der Tagung

Tagungsbericht *Die Beziehungen zwischen der SED und den kommunistischen Parteien in West- und Südeuropa von 1968 bis 1989*. 09.04.2010-10.04.2010, Berlin, in: H-Soz-u-Kult 25.06.2010.